
Geschichtliches

1911: Was war das für eine Zeit?



Adrian Hadorn

Die ersten Seiten dieses Rückblicks auf 100 Jahre SP Bolligen sollen der Geschichte gewidmet sein, nicht nur der lokalen, sondern verschiedenen Zwischenstufen bis zur globalen Geschichte. Es ist nämlich eine alte Überzeugung der Sozialdemokratie, dass die einzelne Person und das lokale Umfeld zwar wichtig sind, aber erst die eigene Lebendigkeit entfalten, wenn sie mit dem weiteren Umfeld in Frieden und im kreativen Austausch leben.

Deshalb zunächst die folgenden Blitzlichter auf lokale und globale Ereignisse im Jahre 1911. Beginnen wir mit einer hübschen Anekdote aus nächster Umgebung und einem traurigen Disput um die Armutsfälle in der lokalen Arbeiterschaft vor 100 Jahren.

Am 31. März 1911 berichtete die *Berner Tagwacht* über «idyllische Zustände»:

«Wer von der Station Ostermundigen den Weg nach der Ortschaft Deisswil zu unternehmen gedenkt, sei darauf aufmerksam gemacht, dass er nur den unzähligen Papierstreifen zu folgen braucht, welche rechts und links an der Landstrasse zerstreut liegen. Dann kann kein Bürger, auch der ortsunkundigste, das Ziel der Fabrikanlagen des Herrn Grossrat Jörg verfehlen. Zwar kommt es hie und da vor, dass den halboffenen Papierballen Sachen entfallen, welche für den einen oder andern von Interesse sind. So kam uns letzthin ein Kuvert in die Hände, in

welchem das Mitgliederverzeichnis des Volksvereins Ostermundigen nebst dem Statut enthalten war. Wir sind dem Herrn Grossrat recht dankbar für die freundliche Übermachung der beiden Belege und geben der Hoffnung Ausdruck, auch weiterhin mit solchem Material versorgt zu werden. Einem andern Ballen entfielen diverse Belege aus einer bernischen Bank, Vermögensausweise, Rentenberechnungen, mit Namen grosser bekannter Persönlichkeiten usw. Auch diverse Schriftstücke über das Betreibungsverfahren, Vorladungen mit Namen, Gerichtsprotokolle, Briefe, kurzum alles Mögliche liegt da manchmal auf den Strassen von umgestürzten Papierfudern zerstreut umher. Auch ein Bündel defekter Banknoten kam einmal zum Vorschein. Dieselben sollen reissenden Absatz gefunden haben.»

Von Datenschutz konnte damals nicht die Rede sein. Einblicke ins Innenleben des politischen Gegners («Volksverein») war erwünscht, Klassenneid («Vermögensausweise») an der Tagesordnung.

Ein paar Wochen zuvor hatte *Der Bund* von weniger idyllischen Zuständen geschrieben:

«Wie soll die Frau bei all der Samstagsspekterei vor halb 8 Uhr einkaufen können, wenn der teure Gatte und Familienvater erst nach 10 Uhr und manchmal erst am Sonntag vormittags mit seinem Geld nach Hause kommt? Ha, mit dem Geld! Vertrunken ein Viertel oder die Hälfte des mühsam erschiedenen Wochenlohnes, kanonenvoll, wie ein Schwein aussehend, dass man nur Mühe hat, ihn den Augen der wachgebrüll-

ten Kinder zu verbergen. Und wenn er kein Geld mehr hat, nimmt er mir noch die paar Franken, die ich zur Miete mit Waschen und Spetten dazu verdiente und in der Schublade aufgespart habe. Warum erzieht die Partei und Gewerkschaft Mitglieder, die eine leichtsinnige Ader haben, nicht anders? Warum machen sich noch Vertrauensleute mit diesen haltlosen Schwächlingen gemein und sitzen und kneipen am Samstag mit ihnen, während daheim eine arme Frau mit ihren Kindern auf die paar Franken Lohn wartet, um ihre Einkäufe noch vor halb 8 Uhr besorgen zu können?»

Darauf erwiderte die Berner Tagwacht: «Für eine derartige Bekämpfung des Alkoholismus bedanken wir uns allerdings. Wer dem Alkoholteufel ernstlich zu Leibe gehen

Wo die Eltern infolge ihrer kümmerlichen Erwerbsmöglichkeit die Kinder sich selbst überlassen müssen, wo sie ihr Familienleben in Wohnungen zu fristen haben, die der Reiche nicht einmal seinem Hund als Unterkunft zuweisen würde, solange derart schauderhafte, unmenschliche Zustände bestehen, darf man sich nicht wundern, wenn die Alkoholpest mehr und mehr um sich greift.»

Hat der Einzelne die volle Verantwortung für sich selbst? Oder ist auf die Umstände einzuwirken, welche solch erbärmliche Schicksale hervorbringen? Der Disput ist alt und auch heute noch im Gange.

Schauen wir kurz über die Lokalgrenzen im Jahr 1911 hinaus:

Um 1911 wurde in China die Sklaverei abge-



Bolligen um 1910

will, der wird mit salbungsvoller Moral nicht ans Ziel gelangen. Die erste Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf gegen den Alkoholismus ist die Verbesserung der sozialen Verhältnisse der ganzen Arbeiterklasse.

schaft, in Südafrika der ANC (Afrikanischer Nationalkongress) als gewaltfreie Kampforganisation gegen Rassismus gegründet. 1911 wurde in Dübendorf der erste Flughafen der Schweiz eingeweiht, kurz zuvor war



Habstetten um 1911

die steile Niesenbahn eröffnet worden. Glühlampen mit Wolframfäden kamen auf den Markt, die ersten Diesellokomotiven wurden erprobt, in Zürich eröffnete die erste schweizerische Ausstellung für Erfindungen die Tore der Zukunft.

Am 13. Juni 1911 trat das Bundesgesetz über Kranken- und Unfallversicherung in Kraft. Der Arbeiterbildungsausschuss der SP Bern nahm seine Arbeit auf. Damals hatten bloss 8 (acht) Prozent der Fabrikarbeiter (bloss 2 bis 3 Tage) Ferien.

Und wie kam es im März 1911 zur Sektionsgründung der Sozialdemokratischen Partei in Bolligen? Wir konnten keine direkten Quellen finden. Hingegen findet sich in den «Lokal-Statuten der Sozialdemokratischen Mitgliedschaft Bolligen-Habstetten» der Hinweis auf der Titelseite «Gegründet im März 1911».

Es war eine Zeit des Aufbruchs, die Sozialdemokratie steigerte ihren Stimmenanteil in den Nationalratswahlen zwischen 1902

und 1911 von 20 auf 33%. Im Kanton Bern erhöhte sich der Wähleranteil konstant von 15,7% im Jahr 1890 auf 42,2% im Jahr 1911, die Zahl der Sektionen stieg von 41 (1905) auf 135 (1914), die Zahl der Mitglieder von 1900 auf 6800. Die Partei wuchs nicht nur in den grossen Städten Bern, Biel und Thun, sondern auch in den Agglomerationsgemeinden und in ländlichen Gebieten.

Die herausragende Figur war Robert Grimm, 1911 in den Nationalrat und zum Präsidenten der kantonalen Partei gewählt. Während des Krieges organisierte er die Konferenzen in Zimmerwald und Kiental, war der Gegenspieler von Lenin und nahm eine führende Position im internationalen Sozialismus ein. Er wurde gegen Ende des Ersten Weltkrieges zur führenden Figur im Generalstreik 1918, der die sozialpolitische Entwicklung der Schweiz nachhaltig prägen sollte. (siehe Kasten Seite 11)

1918: Generalstreik

Der Generalstreik vom November 1918 war die schwerste soziale und innenpolitische Erschütterung der Schweiz im 20. Jahrhundert.

Im Verlaufe des Ersten Weltkrieges verschlechterte sich die Versorgung mit Lebensmitteln bedrohlich, der Lebenskostenindex stieg von 1914 bis 1918 von 100% auf 229%. Arbeiter und Angestellte waren schwersten Entbehrungen ausgesetzt, Hunger gehörte für viele zum Alltag. Während die Reallöhne kontinuierlich sanken, stiegen die Dividenden vieler Aktionäre von Schweizer Unternehmen teilweise auf 25%. Der langjährige Generalsekretär der Freisinnig-Demokratischen Partei schrieb 1926: «Es war keine Übertreibung, wenn damals berichtet wurde, dass namhafte Teile der Bevölkerung unter den Folgen von Spekulation und Wucher Hunger leiden mussten.»

1918 lebten in Bern 27 000 Personen (26% der Wohnbevölkerung) von Lebensmitteln zu staatlich verordneten verbilligten Preisen. Gegen Ende des Krieges kam in der Schweiz eine verheerende Grippeepidemie dazu. 750 000 Menschen erkrankten, 25 000 starben im Winter 1918/19.

In diesem wirtschaftlich und sozial aufgewühlten Klima stellte das Oltener Streikkomitee unter Leitung des bernischen SP-Präsidenten Robert Grimm Forderungen auf, welche die politische Realität der folgenden Jahrzehnte stark prägen sollten: Die Einführung der Proporzahlen zum Beispiel führte bereits 1919 zu massiven Verschiebungen zugunsten der Sozialdemokratie im eidgenössischen Parlament. Die eingeforderte AHV wurde zwar 1925 in die Verfassung aufgenommen, ihre Verwirkli-

chung musste allerdings bis 1947 warten. Noch länger warteten die Frauen auf das im Oltener Forderungskatalog figurierende Frauenstimmrecht, nämlich bis 1971.

Auch in Bolligen hatte der Generalstreik Wirkung: In Ittigen und Ostermundigen nahmen die Arbeiterviertel aktiv am Streik teil, in Ferenberg hingegen wurden Dragoner eingezogen, um ihn niederzuwerfen.



Robert Grimm vor dem Bundeshaus nach dem Zweiten Weltkrieg

Weltwirtschaftskrise und 2. Weltkrieg

Die Medien haben seit 2009 öfters den Vergleich der heutigen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 gezogen. Gewiss gibt es Parallelen, aber Unterschiede sind noch deutlicher. Heute ist die Weltwirtschaft viel stärker vernetzt, ein vielfältiges Instrumentarium zur Steuerung von Finanz- und Handelsströmen ist entwickelt worden. Das Volumen der Produktion, der Finanztransaktionen und des Handels hat sich vervielfacht.

Damals im Oktober 1929 führte der spektakuläre Börsenkrach zu einem gewalti-

ROBERT GRIMM (1881–1958) war in der bernischen Sozialdemokratie während eines halben Jahrhunderts die dominierende Figur. Er bekleidete fast alle Ämter, in die man gewählt werden konnte. Aber auch international war er eine Leitfigur: In den Konferenzen von Zimmerwald und Kiental brachte er nicht nur 2 Berner Dörfer in die Weltgeschichte, er vernetzte sozialistische Kriegsgegner und erlangte als Gegenspieler von Lenin eine führende Position im internationalen Sozialismus.

Im Generalstreik vom November 1918 spielte er eine zentrale Rolle. Im April 1919 wurde er von einem Militärgericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Während Jahrzehnten war er für weite Teile des Bürgertums ein rotes Tuch. Er sass fast 44 Jahre lang im Nationalrat. 1926 kandidierte er als Ratspräsident zum höchsten Schweizer. Oberst Zeller schrieb aber in der NZZ: «Herrn Grimm würde der Leichengeruch der im Abwehrdienst verstorbenen Wehrmänner auf den Präsidentenstuhl folgen.» 1946 kam dann doch auch dieses höchste Amt seiner Karriere dazu. 1938 wurde er auch als bernischer Regierungsrat gewählt und stand während Jahren der Direktion für Bauten und Eisenbahnen vor.

Wie meistens hielt er auch am kantonalen Parteitag vom 18. Februar 1940 ein Grundsatzreferat und sagte über die Diktaturen in Deutschland und Italien: «Diese stellen einen Rückfall in die Barbari dar. Sie vernichten die Grundrechte der Menschheit, zerstören die Freiheiten und Rechte der Bürger, zerschlagen Treu und Glauben als Grundlagen der gesellschaftlichen und zwischenstaatlichen Beziehungen. Es ist ein bunt zusammengewürfelter Apparat von ehemaligen Landsknechten und Abenteurern, kulturlos, brutal und geniesserisch zugleich.» Die berühmte «Eingabe der 200» enthielt das obige Zitat und forderte, «den Urhebern von andauernden Vergiftungen unserer Beziehungen zu Nachbarvölkern in kürzester Frist das Handwerk zu legen.»

General Guisan schrieb an den Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartementes, Rudolf Minger: «Eine öffentliche Desavouierung dieses erbärmlichen Elaborates ist von allergrösster Wichtigkeit.» Bundesrat Minger aber wollte von einem solchen «Bückling» vor Deutschland nichts wissen.

Die Geschichte hat Robert Grimm und Rudolf Minger Recht gegeben.

(Aus: 100 Jahre SP Kanton Bern, S. 114 ff)

gen Einbruch der Wirtschaftsleistung und des Welthandels. Der Schock sass tief, die Staaten schotteten sich ab. Arbeitslosigkeit und soziale Spannungen führten zu politischen Verwerfungen und zu unmenschlichen Gräueln des Zweiten Weltkrieges. In «The Times» vom 23. Januar 1943 war zu lesen, dass Arbeitslosigkeit – neben den Kriegsfolgen – die zerstörerischste

Krankheit der Generation zwischen den Weltkriegen war.

Auch in der Einwohnergemeinde Bolligen zählte man im Winter 1935/36 etwa 400 Ganzarbeitslose und über 250 Teilarbeitslose. Das entsprach 20% der Berufstätigen. Gesamtschweizerisch stieg die Arbeitslosenziffer bis 1936 auf ca. 5% der aktiven Bevölkerung.

Der 1.-Mai-Aufruf der SPS von 1934 tönte simpel und radikal: «*Der Kapitalismus hat sich als unfähig erwiesen, ein Wirtschaftssystem zu schaffen, das allen Menschen Brot und Arbeit sichert. Unter seinem Regime hat sich der technische Fortschritt statt zum Segen zum Fluche für alle Völker gewandelt.*»

Friedensabkommen in der Metall- und Maschinenindustrie vom 19. Juli 1937 leitete eine Ära der Sozialpartnerschaft ein, ganz im Kontrast zur Stimmung im Ersten Weltkrieg, welche zum Generalstreik geführt hatte. Der SPS-Parteitag von 1937 anerkannte mit überwältigendem Mehr die militärische Landesverteidigung.

ERNST NOBS (1886 – 1957), erster SP-Bundesrat, hatte 1910 in Ostermundigen als Lehrer gewirkt, war bei der SP-Sektionsgründung vor 100 Jahren mit dabei, wurde Schüler und enger Vertrauter von Robert Grimm. In den dramatischen Tagen des Generalstreiks vom November kam es allerdings zu einer scharfen öffentlichen Auseinandersetzung zwischen den beiden wohl bekanntesten Arbeiterführern. Ernst Nobs schrieb im Zürcher «Volksrecht»: «*Es ist zum Heulen! Niemals ist schmählicher ein Streik zusammengebrochen. Nicht unter den Schlägen des Gegners, nicht an der Mutlosigkeit der eigenen Truppen, sondern an*

der feigen, treulosen Haltung der Streikleitung.» Grimm reagierte in der Berner «Tagwacht» scharf und bissig. Der «Nebelspalter» zeigte einen schwarzen Schnauzer mit den Gesichtszügen Grimms und eine Nobs nachempfundene Bulldogge. Darunter stand: «*Die Tagwacht leidet an Nobsophobie! Darauf beide Köter sich zerblühen, woran sich dann die andern freuten.*» Ernst Nobs sass – gemäss Militär-Gerichtsentscheidens zum Generalstreik vom März 1919 – vier Wochen, Robert Grimm sechs Monate im Gefängnis.

(Aus: Tobias Kästli, Ernst Nobs: Vom Bürgerschreck zum Bundesrat. Ein politisches Leben. Zürich 1995.)

Sowohl Gewerkschaftsbund wie die Sozialdemokratische Partei folgten dem amerikanischen Ökonomen John Maynard Keynes und forderten Arbeitsbeschaffungsprogramme, aktive Ausgabenpolitik des Staates, Lohn- und Preisvorschriften und Sicherung von Minimaleinkommen. Eine entsprechende Kriseninitiative wurde aber 1935 bei 84.4% (!) Stimmbeteiligung mit 57% Nein-Stimmen abgelehnt. Im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges kam es – im Gegensatz zur Zeit vor dem Ersten Weltkrieg – zu einer Annäherung zwischen weiterhin dominierendem Bürgertum und der Arbeiterschaft, welche an Gewicht und Einfluss ständig zunahm. Das



Ernst Nobs als Bundespräsident im Nationalrat

Die Schweiz ging unvergleichlich besser gerüstet in die Zeit des Zweiten Weltkrieges. Von heute aus gesehen muten verschiedene Massnahmen wie Planwirtschaft an: Verordnete Vorratshaltung, Rationierungen, «Anbauschlacht» (als Vorhut quasi zum Landwirtschaftsgesetz von 1952, welches der Landwirtschaft eine staatliche Existenzgarantie gab). Gemäss kriegswirtschaftlichen Plänen sollte Vollbeschäftigung garantiert werden. Allerdings schloss dieses enge staatswirtschaftliche Massnahmenpaket betrügerische private Bereicherungen und Korruption nicht aus. Bis 1943 wurden 65'000 Vergehen gegen das Kriegswirtschaftsgesetz aufgedeckt.

In den Wahlen von 1943 wurde die SPS zur stärksten Partei, und Ernst Nobs zum ersten sozialdemokratischen Bundesrat.

Die 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts*

Auf Seite 46 findet sich ein für den damaligen Fortschrittsglauben der Sozialdemokraten typisches Zitat von Ernst Nobs aus dem Jahr 1943. Zum Abschluss dieses historischen Teils unserer Festschrift zum 100-jährigen Bestehen der SP Bolligen soll der Wandel dieses Fortschrittsglaubens bis zum heutigen Tag in ganz geraffter Weise dargestellt werden.

Mehr als die Hälfte der Schweizer waren im Winter 1985 (vor dem Atomgau von Tschernobyl im April 1986 und dem Chemiegau im November 1986 in der «Schweizerhalle», auch «Tschernobäle» genannt) der Meinung, der technische Fortschritt sei so

gefährlich geworden, dass er die Menschheit mehr bedrohe, als dass er ihr nütze.

Die heutige Sozialdemokratie steht – wenn sie ihre eigene Geschichte ernst nimmt – vor der Frage, ob moderne und alternative Technologien einen «anderen Fortschritt» bringen können, welcher zwischen den widerstreitenden Erfordernissen von Ökonomie und Ökologie, von Freiheit und Gerechtigkeit, von Individuum und Gesellschaft vermitteln.

Zunächst ist daran zu erinnern, dass nach 1945 der Glaube an Machbarkeit, an Planbarkeit ganz allgemein erschüttert wurde. Staatliche Planwirtschaft als Antwort auf kapitalistische Krise und Krieg scheiterte nicht nur an der desillusionierenden Erfahrung faschistischer Staatsverherrlichung und stalinistischer Parteidiktatur. Es war der unerwartete und entgegen aller Krisenprophetie anhaltende, gewaltige Aufschwung des Kapitalismus, der die Situation für die Arbeiterbewegung grundlegend veränderte. Eingedenk der unterschiedlichen Erfahrungen im Ersten und Zweiten Weltkrieg waren nun auch die bürgerlichen Parteien für soziale Zugeständnisse bereit. 1947 wurde der über 20 Jahre alte Verfassungsauftrag zur Schaffung der AHV unter Federführung des SP-Bundesrates Tschudi endlich realisiert. Soziale Anliegen fanden sich nun auch in bürgerlichen Parteiprogrammen, der Grundgedanke des Sozialstaates wurde zum Allgemeingut. Das pragmatische SP-Parteiprogramm von 1959 verzichtete darauf, eine Überwindung der bestehenden Gesellschaftsform einzufordern.

* Siehe Solidarität, Widerspruch, Bewegung. 100 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz. Zürich 1988, insbesondere S.325 ff Felix Müller, Jakob Tanner, «...im hoffnungsvollen Licht einer besseren Zukunft». Zur Geschichte der Fortschrittsidee in der schweizerischen Arbeiterbewegung.

Die Frage der friedlichen Nutzung der Nukleartechnologie zeigte am deutlichsten das Dilemma der SPS zwischen Fortschrittsglauben und Technologieskepsis. Das atemberaubende Entwicklungstempo der Technik, die Dynamik des industriellen Wandels, die Automation und die Chancen und Risiken der Atomtechnologie verunsicherten und faszinierten die Arbeiterbewegung zugleich. Einprägsames Beispiel für dieses Dilemma, aber auch für diesen persönlichen Gesinnungswandel war Bundesrat Willy Ritschard, erst kantonaler Atomminister, dann skeptischer Zeitgenosse: «Ein Fortschritt, von dem man manchmal wirklich fortschreiten möchte.»

Die Schweizer Wirtschaft veränderte sich. Der Dienstleistungssektor wuchs, die Landwirtschaft schrumpfte. Angestellte überholten bald in Zahl und gesellschaftlicher Bedeutung die traditionellen Fabrikarbeiter. Wohlstand und Wachstum veränderten das Lebensgefühl in der Arbeitswelt. Im Wettrennen um Besitz möglichst vieler Konsumgüter gerieten alte Ideale unter die Räder. Aus dem Proletarier von gestern wurde der Staatsbürger, dem Experimente ein Gräuel und Sicherheit alles bedeutete. Materialismus minderte Solidarität und förderte Egoismus.

In den Sechzigerjahren wuchs eine Gegenbewegung heran. Die glitzernde Fassade der «Überflusgesellschaft» rief bei der rebellierenden Jugend ein Unbehagen über bestehende Verhältnisse, über das «Establishment» hervor. Die «neue Linke» war vielgestaltig: Radikale Frauenbewegungen, Drittwelt-Bewegung, aber auch eine Eintrittswelle von Jungen in die SP, als Gegenbewegung zum pragmatischen Reformismus, der die Partei beherrschte.

Noch gründlicher und zugleich fokussierter wurde der Gesinnungswandel über Umweltfragen. Im Nachwort zur erwähnten Jubiläumsschrift der SP Schweiz schrieb der damalige Parteipräsident Helmut Hubacher 1988:

«Die SPS steht im Jubiläumsjahr, das zu verheimlichen wäre unehrlich, geschwächt da. Sie ist in den eidgenössischen Wahlen vom Herbst 1987 hart zurückgeworfen worden. Sie hat sich gewandelt. Sie ist von der einstigen Arbeiterpartei zur linken Volkspartei geworden, sie hat in den beiden letzten Jahrzehnten mitgliedermässig ein völlig neues Gesicht erhalten. Und sie hat umlernen müssen. Die jahrzehntelange «Komplizenschaft» mit den Arbeitgebern, das seit Ende des Zweiten Weltkrieges praktizierte Wirtschaftswachstum ist an seine Grenzen gestossen. Der technische Fortschritt schreitet davon. Die Luft ist vergiftet, die Gewässer sind verschmutzt, der Boden ist verseucht und die Wälder sind krank geworden. Die Wachstumspolitik um jeden ökologischen Preis hat zur Gefahr geführt, dass Natur und Umwelt zerstört werden können.»

Dieser Wandel, der weltweit im Jahre 1992 an der UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro im Zentrum stand, prägt auch heute noch das politische Klima, sowohl in Gemeinden, Kantonen, Bund, Europa und der Welt. Im Jahr 2012 wird weltweit Bilanz gezogen an der UNO-Konferenz Rio+20 und der Frage nachgegangen, ob wir in den letzten 20 Jahren einer nachhaltigen Entwicklung näher gekommen sind, ob unsere Kinder und deren Kinder die gleichen Chancen haben werden wie wir, oder ob die Welt in eine Richtung fortschreitet, welche den Planeten Erde in lebensgefährliche Risikozonen führt.

Adrian Hadorn

Table ronde «Gemeindeteilet 1983» vom 25. Juni 2011 im Restaurant «Sternen», Bolligen



Hansjörg Meyer

Das OK 100 Jahre SP Bolligen lud neun prominente Vertreter der SP Bolligen, die die Gemeindeteilet seinerzeit hautnah miterlebt hatten, zu einer Table ronde ein. Sie schilderten, wie sie diese heftige Zeit erlebt haben und wie sie heute dazu stehen. Der Anlass wurde moderiert von Adrian Hadorn, Hansjörg Meyer fungierte als Chronist.

* * *

Protokoll

Teilnehmer des Podiums:

Max Baltensberger, Urs Graf, Heidi Jaberg-Hostettler, Res Jenzer, Ruedi Lauterburg, Gerhard Schmutz, Hans Tempelmann, Ernst Widmer, Margret Kiener Nellen
Moderation: Adrian Hadorn
Chronist: Hansjörg Meyer
Gäste: Jörg Oetterli, Willy Portmann, Helmut Baurecker

Kernfragen:

1. Bewegt die Gemeindeteilet von 1983 die Gemüter heute noch?
2. Warum ist die SP damals nicht geschlossen aufgetreten? Waren es vor allem sachliche oder doch auch persönliche Gründe? Wie hat die SP die Niederlage verkräftet?
3. Welches waren die Folgen der Gemeindeteilet:
 - für die Gemeinde?
 - für die SP Bolligen?
 Was war positiv und Chance für die Zukunft?

Was war negativ, welches Risiko, welche Nachteile für die Zukunft? Lehren nach 30 Jahren für heute und morgen: War der Entscheid von 1983 richtig oder falsch?

4. Wenn morgen die Abstimmung «Eingemeindung in Bern» oder «BIO (Bolligen-Iltigen-Ostermundigen)-Zentralisierung» stattfinden würde: Was würde die SP empfehlen, wie würde ich stimmen?

Margret Kiener Nellen begrüsst die Anwesenden.

Rückblicke aus persönlicher Sicht

Res Jenzer: Ich war nie Bolliger, sondern Ostermundiger. Was damals geschah, bewegt uns, die damaligen Zeitzeugen, heute noch, die Jungen aber wohl nicht mehr. Die SP trat damals nicht geschlossen auf, man stritt teilweise gegeneinander. Junge und Linke waren tendenziell eher für Beibehaltung des Status quo, ältere eher für Teilung. Die einzelnen Gemeinden erhielten nach der Teilung weniger Gewicht in der Region. Die SP wurde geschwächt. Wir lagen einfach nicht im Trend. Heute geht der Trend Richtung Fusion. Der damalige Entscheid war ganz klar falsch.

Ruedi Lauterburg: Der «Privatkrieg» zwischen Theo Lehmann und Jakob Knöpfel stand im Vordergrund. Folgen der Teilung: Die Befürworter propagierten zwar weniger Verwaltung, aber das Gegenteil trat ein: alle neuen Gemeinden hatten dann ihre eigene Verwaltung – Parkinson trat auf. Was positiv war: Ich war seit 12 Jahren in der Sekundarschulkommission, eine